

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Politischer Mut statt Großer Koalition!

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2002) : Politischer Mut statt Großer Koalition!,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 12, pp. 702-703

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41258>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Politischer Mut statt Großer Koalition!

Das politische Klima in Deutschland hat sich abgekühlt. Eisige Zeiten herrschen nach der Bundestagswahl 2002. Regierung und Opposition streiten sich über alles und jedes. Der Ton ist ruppiger, rüder und zuweilen sogar persönlich diffamierend geworden. Vernünftige Gespräche und sinnvolle Problemlösungen sind so fast nicht mehr möglich. Nichts scheint gegenwärtig politisch zu gehen. Nach dem Reformstau droht Deutschland die totale Reformblockade.

Die Hiobsbotschaften mehren sich: Trotz Hartz harzt es mit der Trendwende bei der Beschäftigung. Entgegen allen vollmundigen Versprechen über einen Abbau der Arbeitslosen um 2 Millionen in drei Jahren ist im Herbst 2002 die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung weiter angestiegen. Die Staatsfinanzen sind mehr als aus dem Gleichgewicht. Die Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen brechen weg. Ohne langfristiges Konzept werden Steuern und Abgaben erhöht. Dennoch steigt die Neuverschuldung ungebrochen. Weitere willkürliche Ein- und Übergriffe in privates Hab und Gut werden als Erste-Hilfe-Rettungsaktionen für den Patienten Deutschland vorgeschlagen. Die Diskussion gipfelt in der Forderung: „Weniger für den privaten Konsum – und dem Staat Geld geben, damit Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können.“

Welch sozialistischer Geist steht hinter einer derartigen Aussage! Als hätte es den Kollaps der Staatswirtschaften nicht gegeben. Als würde mehr Geld für den Staat helfen, die strukturellen Ursachen der deutschen Krankheit zu therapieren. Eher ist doch zu erwarten, dass mehr Geld zunächst im Staatsapparat versickert – man denke nur an die anstehenden Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst – und nicht dazu verwendet wird, strukturelle Reformprozesse anzuschieben, um sich beispielsweise einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst zu erkaufen – etwa nach dem Motto: lieber viel weniger, dafür besser bezahlte Staatsangestellte.

Die katastrophale Signalwirkung noch strengerer staatlicher Zwangsmaßnahmen auf die Leistungsbereitschaft bei Arbeitnehmern wie bei Unternehmern wird ignoriert. Leichtfertig wird mit Forderungen nach noch einmal höheren Steuern und Abgaben und vor allem mit dem lauter werdenden Ruf nach Vermögens- und Erbschaftssteuern das über lange Jahre gewachsene Vertrauen aufs Spiel gesetzt, dass der Staat dafür sein soll, privates Eigentum zu schützen und nicht dafür es zu konfiszieren. Wer nach Belieben Spielregeln je nach Spielstand zu seinen Gunsten ändert, gewinnt vielleicht eine Atempause. Er verliert jedoch Vertrauen, Glaubwürdigkeit und damit die Zukunft.

Die Bundesregierung offenbart mit ihren wenig durchdachten Notmaßnahmen der jüngeren Vergangenheit eine erschreckende Ziellosigkeit. Auf diesen ökonomischen Irrwegen mag sie zu Recht kaum jemand unterstützen. Wem aber nützt es, wenn die Opposition nur Fehler und Missstände kritisiert? An dieser Stelle beginnen viele Deutsche über Vor- und Nachteile einer Großen Koalition nachzudenken. Wäre es nicht der schwierigen Problemlage angemessen, wenn sich die beiden großen Parteien zusammenraufen würden, um gemeinsam Deutschland aus der Not zu führen? Die Pro-Argumente klingen einsichtig: Anstatt sich gegenseitig das Leben schwer zu machen und im Wechselspiel zwischen Bundestag und Bundesrat auch ökonomisch sinnvolle Gesetzesänderungen zu torpedieren, könnte die staatspolitische Vernunft über parteipolitisches Kalkül siegen.

Die Diskussion über eine Große Koalition überspringt jedoch einen entscheidenden Zwischenschritt. Zuallererst gilt es nämlich das Ziel zu formulieren, bevor über den Weg verhandelt wird. Zwar begreifen immer mehr Deutsche, dass es



Thomas Straubhaar

so wie bis bisher nicht weitergehen kann. Kaum jemand zweifelt noch ernsthaft daran, dass der Sozialstaat grundsaniert werden muss. Soziale Marktwirtschaft heißt eben weniger Sozialstaat und mehr Marktwirtschaft. Deutschland braucht nicht mehr Geld für den Staat, sondern mehr Freiräume für Eigenverantwortung, Selbstvorsorge und Wettbewerb. Sind diese weit verbreiteten Erkenntnisse jedoch auch schon im politischen Berlin angekommen? Haben Regierung oder Opposition bereits eine wirtschaftspolitische Strategie in Bundesrat oder Bundestag eingebracht, die den Willen zu weitreichenden Reformen dokumentiert? Gibt es im Parlament schon ein Gesetzgebungsverfahren, das die politischen Ziele der Reformen verdeutlicht, das nicht nur abstrakte Allgemeinplätze, sondern konkrete finanzierbare Maßnahmen nennt und das – vor allem – den Menschen in Deutschland verständlich und ehrlich klar macht, wer wo wie und wieso von welchen Reformen betroffen sein wird? Bevor über die Große Koalition gesprochen wird, muss doch gesagt sein, wohin die Reise gehen soll.

Droht mit einer Großen Koalition nicht die Gefahr, dass der Opposition durch die Teilhabe an der Regierungsverantwortung die Legitimation auf lauten Protest genommen wird und sich die Partner auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen? Ob ein schwaches gemeinsames Fundament hingegen genügt, um das starke Bollwerke reformfeindlicher Interessengruppen zu knacken, bleibt doch mehr als fraglich.

Wenn es Regierung und Opposition wirklich Ernst ist mit einer Grundsaniierung der deutschen Wirtschaftspolitik, bedarf es hierzu keiner formalen Großen Koalition. Es genügt eine parlamentarische Allianz der Vernunft. So es sie denn gibt, hindert niemand die mutigen, zur Reform entschlossenen Bundestagsabgeordneten daran, sofort ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm zur Rettung Deutschlands auf seinen Gesetzesweg zu bringen. Es würde genügen, wenn die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dem Artikel 38 des Grundgesetzes nachlebten. Danach sind die Parlamentarier „Vertreter des ganzen Volkes“ und nicht – freundlich ausgedrückt – die Gesandten irgendwelcher Parteien oder Interessengruppen. Artikel 38 des Grundgesetzes hält auch unmissverständlich fest, dass Abgeordnete „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Sicher: Bei einer Gewissensabstimmung über ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm für Beschäftigung und Wachstum geht es nicht um Krieg oder Frieden. Aber es geht genauso um die langfristige Überlebensfähigkeit Deutschlands.

Also könnte beispielsweise der wirtschaftspolitische Sprecher der Opposition heute schon das eben vom Sachverständigenrat vorgelegte „20 Punkte-Programm für Beschäftigung und Wachstum“ zum wirtschaftspolitischen Manifest für Deutschland erklären. Er könnte morgen bereits die Abgeordneten aller Parteien aufrufen, sich der Allianz für Deutschlands Zukunft anzuschließen, bei einer Abstimmung über das Reformprogramm ihrem Gewissen zu folgen und sich für das Wohl des ganzen Volkes und gegen die Sonderinteressen einzelner Gruppen zu entscheiden.

Wer einen solch kühnen Handstreich für naiv, ungangbar und politisch selbstmörderisch hält, ist nicht nur mutlos. Er misstraut auch der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte. Es ist doch mehr als bemerkenswert, dass die Deutschen bei den Kosten der Wiedervereinigung ohne Murren und Klagen, dafür aber mit hoher politischer Akzeptanz eine enorm starke Solidarität an den Tag legen, die in den letzten zwölf Jahren zu einem West-Ost-Finanztransfer von insgesamt über 500 Mrd. Euro führte. Wem es gelingt, das strategische Ziel überzeugend zu formulieren, findet also in Deutschland durchaus eine breite politische Zustimmung – selbst wenn es sehr viel kostet. Abgeordnete, deren Vernunft und Gewissen sich für Reformen entscheiden, brauchen also nur Mut und keine Große Koalition.